

Diskussionsrunde im Rahmen der BEMS 2000 aufgezeichnet vom Bayerischen Rundfunk (Fernsehen) für die Sendung „Kultur-Gespräch“ am 2. Juli 2000

Wer hat Angst vor Elekt

**Als zweiter Programm-
punkt der abschließenden
Informationsveranstaltung
der diesjährigen
BEMS-Tagung stand
eine Podiumsdiskussion
zum Thema „Wer hat
Angst vor Elektromog?“.
Zu dieser Diskussionsrunde,
die vom Bayerischen
Rundfunk übertragen
wurde, waren Experten
aus Politik, Verwaltung,
Wissenschaft und
Journalistik geladen.
Dr. Walter Flemmer vom
Bayerischen Rundfunk
moderiert die Sendung.**



Thema dieser Diskussionsrunde war das Unbehagen in Teilen der Bevölkerung gegenüber der zunehmenden Nutzung von Funkdiensten. Die zur Übermittlung der Nachrichten von Funksendestationen ausgesandten elektromagnetischen Felder werden verdächtigt, gesundheitliche Schäden zu verursachen. Dem Volksmund ist dazu das plakative Schlagwort „Elektromog“ eingefallen. Unter diesen Begriff fallen auch alle Emissionen der Stromversorgung. Die Diskussion, ob eine Gesundheitsgefährdung bestehen könnte oder nicht, ist in den letzten Jahren oft kontrovers und gefühlsbetont geführt worden. Diese Verunsicherung resultiert insbesondere daraus, dass es unterschiedliche und teilweise widersprechende Untersuchungen zum Thema „Elektromog“ gibt. Zudem berichteten die Medien oftmals in reißerischen Schlagzeilen über dieses Reizthema.

Die Diskussionsrunde in ihrer Zusammensetzung sollte die verschiedenen Positionen, aber auch die Schwierigkeiten, die der Umgang mit diesem Thema mit sich bringt, widerspiegeln. Kernpunkte der Veranstaltung waren, welche Rolle und Standpunkte Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Medien zu diesem Thema einnehmen. Es wurde auch insbesondere die Frage angesprochen, ob die Information der Bevölkerung ausreiche oder ob noch Aufklärungsbedarf bestehe.

Tragen die Medien zur Verunsicherung bei?

Walter Flemmer begann seine Moderation, indem er direkt auf die Verunsicherung der Bevölkerung durch „Elektromog“ zu sprechen kam und erklärte: „Elektro-

smog – das Wort weckt Angst, das Wort weckt Emotionen. Kaum vergeht eine Woche, in der sich nicht irgendwo eine Bürgerinitiative gründet gegen das Aufstellen von Antennen, in der wir nicht in Zeitungen und Zeitschriften lesen, was der Elektromog nicht alles mit uns anstellt.“ Die wissenschaftlichen Ergebnisse würden dort nicht selten widersprüchlich dargelegt: Effekte oder keine Effekte, die Bandbreite sei groß. Daher ging die Frage an die Experten-Runde, wie sich der Einzelne, aber auch wie sich Behörden, die wissenschaftlichen Disziplinen und die Journalisten dazu verhalten. Zunächst wandte er sich mit der Frage: „Haben die Journalisten, haben wir etwas dazu getan, dass sich die Menschen so fürchten, so fürchten müssen?“ an den Medienvertreter, den Wissenschaftsjournalisten Jörg Blech. Zur Verdeutlichung nannte er solch reißerische Titel wie etwa „Die lauernde Gefahr“ oder „Die Gefahr aus dem Dunklen“.

Jörg Blech sieht den Grund für die Ängste nicht eigentlich bei den Medien: „Die Medien haben nur bedingt zu dieser Angst vor Elektromog beigetragen, weil die Medien nicht den Zeitgeist prägen, sondern sie hetzen dem Zeitgeist hinterher und bilden ihn irgendwann ab.“ Die Ängste hätten in den letzten Jahren auch deutlich abgenommen. Parallel dazu sei ein Ermüdungseffekt in den Medien bezüglich des Themas „Elektromog“ zu beobachten. Einzig mit der boomartigen Verbreitung von Handys sei die Medienpräsenz wieder aufgeflammt. „Ich sehe zwei Phasen: Erst einmal der klassische Elektromog, über den wurde sehr viel berichtet; das läuft aus. Jetzt kommt eine neue Welle, mehr über

rosmog?

Handy-Smog, so möchte ich das mal nennen. Dort habe ich allerdings auch schon den Eindruck, dass in den großen Blättern dieses Thema keinen besonderen Reiz mehr hat.“

Muss die Politik vorsichtiger sein als die Wissenschaft?

Das Thema Handys aufgreifend, richtete Walter Flemmer den Blick auf die „schizophrene Situation“, die sich in Zusammenhang mit den Mobilfunkantennen ergeben habe. Auf den sogenannten sensiblen Gebäuden wie Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten dürfe es keine Antennen geben, gleichzeitig würden immer mehr Schüler ihr Handy auch in die Schule mitnehmen und permanent telefonieren. „Hier haben sie's also nah am Kopf, auf dem Gebäude dürfen sie es nicht haben. Eigentlich müsste dann ja beides verboten sein.“ Walter Hofman vom Arbeitskreis Landesentwicklung und Umweltfragen des Bayerischen Landtags machte hier auf das Vorsorgeprinzip aufmerksam, das gerade bezüglich der Krankenhäuser absolute Gültigkeit habe. „Zwar wurde bisher viel geforscht, doch Endgültiges gibt es bisher nicht.“ Daher ist nach Meinung Hofmans insbesondere die Politik gefordert, „Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gerade in dem sensiblen Bereich Krankenhaus keine Magnetfelder oder Strahlen produziert werden.“

Muss die Politik noch vorsichtiger sein als die Wissenschaft, um für die Bevölkerung den optimalen Schutz zu erzielen? Dazu äußerte sich Ingeburg Ruppe von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, zuständig für den Schutz der



Zusammensetzung der Diskussionsrunde mit Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Journalistik

- Dr. Walter Flemmer, Bayerischer Rundfunk, moderierte die Podiumsdiskussion.
- Dr. Ingeburg Ruppe, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, als Vertreterin für bewertende und forschende Behörden (Administration, Normsetzung, Gesetzesvorlagen), die das Ziel und die Aufgabe haben, die Öffentlichkeit zu schützen
 - Walter Hofmann (MdL), Arbeitskreis Landesentwicklung und Umweltfragen, als Vertreter des politischen Standpunktes bezüglich der Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Sorgen der Bürger
 - Prof. Dr. Roland Glaser, Humboldt Universität Berlin, als Vertreter der Forschung zu den Fragen: Was kann Wissenschaft leisten; warum kann die „Unbedenklichkeit“ nicht bewiesen werden (Nulleffekt)? Warum ist die Grundlagenforschung notwendig, wo sind aber ihre Grenzen?
 - Dr. Peter Neitzke, ECOLOG-Institut, Herausgeber des „EMF-Monitors“, als Vertreter der Forschung mit einer kritischen Hinterfragung der Wirkungen von EMF auf Gesundheit und Umwelt, vor allem, ob die Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung ausreichen.
 - Jörg Blech, Wissenschaftsjournalist „Der Spiegel“, als Medienvertreter zur Frage: Wie werden Forschungsergebnisse von der Öffentlichkeit wahrgenommen, wie benutzen Medien die Nachrichten zur Manipulation?

Bevölkerung, indem sie beispielsweise Normen vorschlägt und Gesetzesvorlagen erstellt: „Wir versuchen dort Begrenzungen festzulegen, von denen man mit Sicherheit weiß, dass nichts passiert,“ erklärte Ruppe. „Wenn Forschungsergebnisse vorliegen, dann sind auch Schwellenwerte festlegbar.“ Und dann werde durch Gremien wie die Internationale Strahlenschutzkommission oder die WHO und andere Einrichtungen dieser Wert noch einmal um einen Sicherheitsfaktor gesenkt, vorrangig zum Schutz der Bevölkerung. Dieser „Vorsorgewert“ für die allgemeine Bevölkerung ist niedriger als im Arbeitsschutz, weil man im allgemeinen davon ausgehen könne, dass Beschäftigte gesund seien. Dr. Ruppe wies aber auch generell

darauf hin, dass die Wissenschaft keine absolut sichereren Aussagen über die Ungefährlichkeit elektromagnetischer Felder machen könne. „Das ist ja auch das Fazit der Untersuchungsergebnisse: Wir haben nichts gefunden, aber wir sind nicht in der Lage, jetzt zu 100 % zu sagen, da passiert nichts.“

Ist Betroffenheit eine Einbildung?

Nicht gerade einfacher wird die Situation durch die Menschen, die von sich behaupten, sie seien Betroffene. Flemmer stellte die provokante Frage: „Ist das alles Einbildung?“ Peter Neitzke vom ECOLOG-Institut, der eine eher kritische Haltung zur Unbedenklichkeit von EMF einnimmt,

betonte, dass die Frage zwar schwierig sei, aber „im Kern ist da etwas dran.“ Er berichtet von Anfragen Betroffener, die Nachbarn eine strahlende Anlage unterstellt hätten, wo sich am Ende aber herausstellte, dass ein zehnjähriger Konflikt zwischen Nachbarn dahinter stand. Allerdings gebe es auch viele Fälle, in denen „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ elektromagnetische Felder eine Rolle spielten. „Nur die Wissenschaft tut sich damit etwas schwer, weil sich in diesen Fällen eine Fülle von Symptomen mischt.“ Er verwies auf die Schwierigkeit, die einzelnen Symptome dem Elektromog zuordnen zu können, da nicht einmal medizinische Fakten definitiv erforscht seien. Einerseits gebe es Studien, wie bspw. eine amerikanische, die zum dem Schluss kommt, etwa 3 % der Bevölkerung seien betroffen. „Andere stellen fest, das ist im Labor nicht nachweisbar.“ Trotz dieser letztlich fehlenden Gewissheit plädiert er aber dafür, dass wir „dafür sorgen müssen, dass diese Menschen, die wahrscheinlich betroffen sind, nicht unnötig belastet werden.“

Eine weitere Schwierigkeit wurde angesprochen, dass nicht alle Menschen, wie bei anderen Problemen auch, auf äußere Reize gleich reagieren. Daher wurden auch die Begriffe der „Hypersensibilität“ oder der „Elektrosensibilität“ geprägt, die allerdings nicht ganz in den Rahmen der Wissenschaft passten: „Die Wissenschaft möchte standardisierte Fälle haben“, erklärte Peter Neitzke, wo bestimmte Faktoren ganz bestimmte Symptome auslösen. Doch diese Fälle gebe es „so nicht“.

Lassen sich Grenzwerte einfach festlegen?

Wie aber können Grenzwerte angesichts einer solchen Situation festgelegt werden? Roland Glaser von der Humboldt Universität Berlin widersprach dem bislang in der Runde vermittelten Eindruck, die Wissenschaft könne keine exakten Aussagen treffen. Er nannte das Beispiel eines Stromunfalls, wo die Wissenschaft sehr wohl die

Grenzwerte definieren könne. „Da gibt es sehr genaue Richtlinien, da weiß man sehr genau, wann eine Nervenzelle anspricht, bei welchem Potential, und welche Stromstärke noch zulässig ist, damit nicht ein Herzkammerflimmern auftritt“. Bei diesen im Niederfrequenzbereich wirksamen elektrischen Feldern ließen sich daher sehr genaue Grenzwerte darlegen. Er wies dabei auf die Gefährlichkeit einer Überhitzung des Gehirns hin. Hinsichtlich der Vermutung, dass es gesundheitsgefährdende Effekte gebe, die noch unterhalb dieser Erwärmungszone liegen, meinte Roland Glaser: „Solche Effekte sind zunächst nicht bekannt. Aber auch wenn sie nicht bekannt sind, können wir nicht sagen, wir haben bewiesen, dass es sie nicht gibt.“ Eine Temperaturerhöhung durch Handy-Gebrauch allein reiche nicht aus, da beispielsweise auch eine Lampe in der Position eines Handys zu einer Erwärmung an den Ohren führe. „Wir können nur feststellen, die Effekte, die deutlich sind, die können wir eindeutig begrenzen. Weiter können wir nur sagen, bitte zeigt uns mal jemand, der unterhalb dieser Wärmeeffekte geschädigt worden ist.“ - „Wir nehmen die Effekte, die Werte, von denen wir sicher sind, dass bis jetzt niemand geschädigt worden ist und bauen noch einen Sicherheitsfaktor ein. Das ist das, was wir eigentlich nur machen können.“

Sind Ängste nur ein psychisches Phänomen?

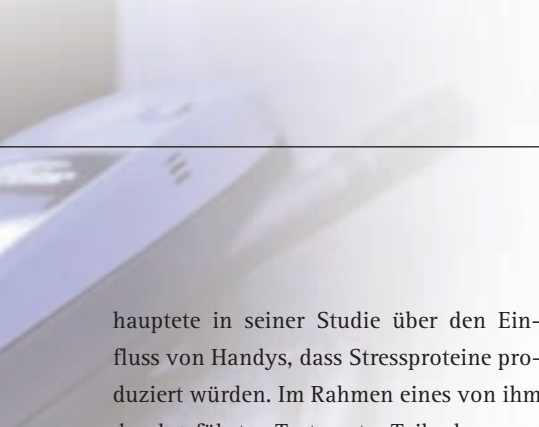
Frau Ruppe kam nochmals auf die Ursachen der Ängste in der Bevölkerung zu sprechen, die für sie vor allem psychischer Art seien. Sie führte an, dass man elektromagnetische Felder, wie sie von einer Mobilstation kommen, passiv ausgesetzt sei und aktiv, durch eigenes Zutun, nicht beeinflussen könne, im Gegensatz zum Eingegebrauch von Handys und anderen Gefahren wie Rauchen oder Trinken. Zudem könne man die Felder weder riechen, schmecken oder hören. „Und diese Unbeeinflussbarkeit und diese Nichterfahrbar-

keit dieses Faktors, das macht die Leute unsicher. Das macht Angst.“ Und diese Angstfaktoren würden häufig eine krankhafte Reaktion auslösen. „Nicht die Felder unbedingt direkt, sondern sekundär durch das Wissen oder Unwissen, das etwas auf einen einwirkt.“ Hier widersprach Dr. Neitzke und versuchte dem Eindruck, als ob das alles „nur ein psychisches Problem wäre“, entgegenzutreten.

Dann kritisierte Neitzke aber vor allem Roland Glaser bezüglich seiner Aussage „zeigt mir den, der geschädigt wurde, und dann können wir danach Grenzwerte festlegen“. Er meinte, dies sei genau das Dilemma, in dem man sich momentan befinden würde. Die Grenzwerte in Deutschland seien letztendlich auf sichtbare, auf akute Effekte festgelegt. Er verwies dabei auf eine Reihe von Effekten, die in den Grenzwerten bislang nicht berücksichtigt wurden, „weil man sagt, die letztendliche Wirkungskette im Organismus ist noch nicht bewiesen.“ Man müsse manchmal auch reagieren, wenn sich Gefahren abzeichnen. „Und das leisten bei uns die Grenzwerte nicht“, im Gegensatz zu den Grenzwerten in einigen anderen Ländern wie der Schweiz, Italien und Kanada, die ihre Grenzwerte nach dem Vorsorgeprinzip festgesetzt hätten. Das würde nicht bedeuten, dass man auf Mobilfunk verzichten müsse, sondern dass man sich „bei der Auswahl der Standorte eine bisschen mehr Mühe geben“ könnte. Antennen sollten z.B. aus der Wohnbebauung, von Kindergärten und Schulen weiter wegbleiben. Er mahnte dabei auch die Rolle des Gesetzgebers an: „In so einer Situation, wo sich Gefahren abzeichnen, denke ich, muss man auch auf der Gesetzgeberseite reagieren.“

Im Spannungsfeld der Widersprüche

Wissenschaftsjournalist Jörg Blech widersprach wiederum, dass sich Gefahren abzeichnen würden. Er verwies dabei auf zwei Studien: Der Engländer Preece be-



hauptete in seiner Studie über den Einfluss von Handys, dass Stressproteine produziert würden. Im Rahmen eines von ihm durchgeführten Tests unter Teilnahme von 15 Probanden reagierten die Handybenutzer 3,5 Millisekunden (0,9 Prozent) schneller als die Kontrollgruppe. „Wie immer lautet das Fazit der Studie, es besteht keine direkte Gefahr für die Gesundheit, aber wir müssen weiter forschen.“ Dies bezeichnete er als unverantwortlich und als ein Beispiel für Medienmanipulation. Das gleiche gelte für eine schwedische Studie, in der unterschlagen werde, dass bereits Forscher vom Max-Planck-Institut in Köln diese Untersuchungen wiederholt hätten und zu dem Ergebnis gekommen wären, dass keine Gefahr bestehe.

In diesem „Spannungsfeld der Widersprüche“ in den wissenschaftlichen Untersuchungen, stecke die Politik, erklärte Walter Hofmann, Mitglied des bayerischen Landtags. Auf die Frage, gesundheitliche Gefahren, ja oder nein, zitierte er Prof. Lin aus Chicago, der erklärt habe: „Höchstens ein schizophrenes Vielleicht.“ Auf diesem Hintergrund solle dann die Politik die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die Nutzung der Informatik nicht vorhanden seien. „Die Politik tut sich immer schwer, wenn die Wissenschaft nicht in der Lage ist zu sagen, wann wirkt was noch gesundheitsschädlich und wann nicht mehr. Deshalb bleibt uns überhaupt nichts anderes übrig, als dem Vorsorgegedanken Rechnung zu tragen: So wenig künstliche Strahlung wie nur irgend möglich.“ Diese Vorsorge könne Politik aber nicht allein leisten. Alle Beteiligten und Betroffenen müssten durch eine Informationsoffensive dazu beitragen, „weil nur durch entsprechende und grundlegende Information, welche Auswirkungen die Anwendung einer Technik mit sich bringt, Akzeptanz, Vertrauen und Verständnis bei der Bevölkerung hergestellt werden kann.“

Das Dilemma sei aber, das man keinen lückenlosen Beweis für den Einfluss elek-

trischer Felder etwa auf eine Zelle führen könne. Dazu sei man nicht in der Lage, erklärte Peter Neitzke, Herausgeber des „EMF-Monitors“. Man solle sich auf „die vorsichtige Seite“ begeben; dies müsse nicht unbedingt etwas kosten. Hier sei jeder Einzelne auch im privaten Bereich gefordert, nicht nur Gesetzgeber oder Hersteller. Allerdings verwies er auf die Verunsicherung, die entsteht, wenn es immer wieder Stimmen gebe, die gegen das Vorsorgeprinzip anreden. Schwierig sei es, „wenn da zu Lasten der Leute noch ein Informations-Hickhack stattfindet“. Aber es gibt Barrieren für ein solches vorbeugendes Vorgehen, weil sich viele noch dagegen sperren würden. Da „sind einmal die wirtschaftlichen Interessen, es gibt auch politische Unbeweglichkeit, und das Dritte ist ein wissenschaftlicher Konservatismus. Man tut sich schwer, sich zu bewegen und neue Erkenntnisse relativ schnell zur Kenntnis zu nehmen.“

Aufklärungsbedarf für die Bevölkerung

Frau Ruppe monierte, dass sehr häufig wissenschaftliche Ergebnisse völlig ungeprüft veröffentlicht oder dort genannte Einschränkungen der Untersuchenden weggelassen würden. Dadurch entstehe eben diese Verunsicherung. Sie plädierte in diesem Zusammenhang für eine bessere Information der Bevölkerung, meinte aber, dass es sehr schwierig sei, „die Bevölkerung mit solchen Informationen sachgerecht aufzuklären.“ Die Presse müsse dabei ihren Teil zu einer sachorientierten Information beitragen. Sie verwies auch auf die Rolle der Bundesanstalt als bewertende und forschende Behörde, die zwar die Aufgabe habe, „die Beschäftigten aufzuklären“, die breite Öffentlichkeit aber nicht erreiche. „Dafür sind wir auch nicht die richtige Einrichtung.“

An die Rolle der Medien anknüpfend, verwies Jörg Blech auf die Schwierigkeiten, die auch Journalisten bei der Berichterstattung haben. „Da steht etwa in der engli-

schon Zeitung eine starke Behauptung, die erst mal eine gute Schlagzeile hergibt, und der Korrespondent in London hat im Grunde drei Stunden, um zu entscheiden, wir machen dazu einen Bericht oder es ist weiterer Recherchebedarf vorhanden.“ Zum anderen neigten Wissenschaftler im mündlichen Gespräch oftmals eher zu stärkeren Behauptungen, in ihren Studien würden sie sich dann wesentlich vorsichtiger äußern, „weil das geschriebene Wort doch noch ein anders Gewicht hat.“ Er appellierte auch an die Bürger bzw. Bürgerinitiativen, sich die Originalarbeiten anzuschauen, um sicher zu gehen. Davor allerdings „grauste“ es Dr. Neitzke, der meinte, damit würde man den Bürgern zuviel zumuten, denn „überall müssen sie praktisch Ersatz- oder Hilfswissenschaftler sein, um sich genauso aus wissenschaftlichen Quellen informieren zu können.“ Er sieht dagegen einen starken Aufklärungsbedarf in den Kommunen, in den Städten und Gemeinden. „Da werden heute noch teilweise Wohnhäuser direkt unter Hochspannungsleitungen gestellt, was gesetzlich möglich ist mit den Grenzwerten, die wir momentan haben, was aber wirklich nicht sein müsste.“ Angesichts dieser „fehlenden Sensibilisierung“ müsse die Aufklärung allerdings nicht nur auf Landes-, sondern ebenso auf Kommunal-ebene stattfinden.

Fazit

In seinem Schlußwort griff Walter Hofmann als Vertreter der Politik diesen Punkt noch einmal auf: „Wir werden, was die Standortsuche und die Standortqualität für den Mobilfunk angeht, dem Gedanken der Information verstärkt nähertreten, auch in Zusammenarbeit mit unseren Gemeinden, Behörden usw.“ Er warnte vor einer Verharmlosung und Verniedlichung des Themas, aber auch vor Angstmache, aus welchen Gründen auch immer. Mit den Worten „Aufklärungsbedarf ist weiter da, die Ängste sollte man durch Information zu beseitigen versuchen,“ beendete Walter Flemmer die Runde. ■